

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 73041, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf, Verlag, Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

11/79
26. Juli

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschuss, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

Fachbereichsräte wählen Dekane



E. Fooker W. Störling
Die neugewählten Fachbereichsräte haben auf ihren konstituierenden Sitzungen am 11. Juli die Dekane, wie sie jetzt nach Niedersächsischem Hochschulgesetz genannt werden, gewählt. Im Fachbereich I wurde der Sonderpädagoge Professor Dr. Enno Fooker einstimmig zum neuen Dekan bestimmt. Er tritt die Nachfolge von Professor Dr. Jost von Maydell an. Im Fachbereich II löste der Germanist Professor Dr. Wilfried Störling den Anglisten Professor Joseph P. Calbert ab. Zu einer Kampfabstimmung kam es im Fachbereich III, wo der bisherige Vorsitzende, Professor Dr. Hans-Ludwig Freytag, dem Bildungsökonom Professor Dr. Alexander Krafft nur knapp unterlag. Einstimmig wiedergewählt wurde vom Fachbereichsrat IV der Chemiker Professor Dr. Peter Köll.



A. Krafft P. Köll

Möller-Rede

Die vor der Oldenburger Universitätsgesellschaft von Staatssekretär Rolf Möller gehaltene Rede über die „Entwicklungstendenzen an deutschen Universitäten“ wird im nächsten UNI-INFO in wesentlichen Teilen veröffentlicht.

Anmietung am Artillerieweg

Personal- und Haushaltsabteilung unter einem Dach

Vorausichtlich zum 1. September werden die Personal- und die Haushaltsabteilung ein gemeinsames Domizil am Artillerieweg beziehen, das von der Universität jetzt angemietet wurde. Damit ist die Personalabteilung, deren jetziges Gebäude an der Hauptstraße aufgegeben wird, wieder in räumliche Nähe der Hochschule gerückt. Die freiwerdenden Räume der Haushaltsabteilung wird das Fach Musik übernehmen. Inzwischen steht auch die endgültige

Besuch in Forschungsstelle für Auslandsschulwesen

Zu einem Informationsbesuch befand sich der Abteilungspräsident der Zentralstelle für Auslandsschulwesen (ZfA) in Köln, Bernhard Becker, Mitte Juli in der Forschungsstelle für Auslandsschulwesen (FO) der Universität. Becker erörterte mit dem Leiter der FO, Dr. Hans-Joachim Fischer, Möglichkeiten der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Zentralstelle für Auslandsschulwesen und der FO vor allem hinsichtlich der Erweiterung der Präsenzanteile für Studenten durch die Forschungsstelle an deutschen Aus-

Die Einsetzung eines Staatskommissars nicht mehr abwendbar

Ernennung nicht vor Ende August zu erwarten
Noch unklar ist, wann der Wissenschaftsminister einen „Befragten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidenten der Universität Oldenburg“ ernennen wird, nachdem die seit nunmehr neun Monaten kommissarisch amtierende Universitätsleitung um Entbindung von ihren Ämtern gebeten hat. Professor Dr. Rainer Krüger und Professor Dr. Friedrich W. Busch begründeten ihren bereits vor vier Wochen angekündigten und jetzt vollzogenen Schritt damit, daß der Minister bis zum Ende der Vorlesungszeit nicht den von der Universität eingelegten Widerspruch gegen die Ablehnung der Präsidentschaftsbewerber Dr. Jürgen Weißbach und Professor Dr. Rainer Tenfelde positiv beschieden habe.

In einem Fernschreiben vom 18. Juli hatte der Minister lediglich mitgeteilt, daß ein „beantwortender Entscheid“ vor Beginn der vorlesungsfreien Zeit nicht mehr ergehen könne. „da eine Reihe grundsätzlicher Rechtsfragen zu klären sind.“ Bei der Herausgabe dieses Erlasses war auch dem Minister klar, daß nun kein Weg an der Einsetzung eines Staatskommissars vorbeiführen würde - auch wenn er in dem Fernschreiben betonte, daß er es begrüßen würde, wenn Krüger und Busch das Amt weiter kommissarisch wahrnehmen würden. Beide lehnen dies ab und werden die Geschäfte nur noch so lange führen, bis der Minister sie formell davon befreit hat, womit spätestens Ende August gerechnet wird. Der Senat reagierte auf die neue, aber nicht unerwartete Lage mit einem Bescheid, in dem die Erwartung an den Minister ausgedrückt wird, einen Hochschulangehörigen für dieses Amt zu verpflichten. Dabei soll er seine Wahl nach Auffassung des Gre-

miums nach einem „mechanischen Verfahren“ treffen, was heißt, daß dafür Kriterien wie „dienstältester Hochschullehrer“ oder „Funktions-träger angelegt werden sollten. Nach Einsetzung des Kommissars will der Senat im vierzehntägigen Rhythmus tagen.

Keine Frage bleibt indes, daß sich der Betroffene - ob nun Hochschulangehöriger oder nicht - auf eine längerfristige Tätigkeit in dieser Funktion einrichten muß. Denn selbst wenn der Minister den Widerspruch der Universität gegen die Ablehnung von Präsidentschaftsbewerbern positiv beschieden sollte, kann vor Ende Oktober eine Wahl kaum stattfinden, was die Ernennung des Gewählten nicht vor Dezember ermöglichen würde. Lehnt der Minister den Widerspruch ab, so wird die Prozedur des gesamten Verfahrens noch längere Zeit in Anspruch nehmen, weil dann eine Neuausschreibung notwendig wird. gh

Kein Präsidium - Leitung der Uni durch Präsidenten

Auf seiner konstituierenden Sitzung hat sich das Konzil einstimmig dafür ausgesprochen, die Universität nicht durch ein Präsidium, sondern durch den Präsidenten leiten zu lassen, wie es das Niedersächsische Hochschulgesetz auch als Regelfall vorsieht. Die Übertragung der Kompetenzen des Präsidenten auf ein Präsidium, das aus dem Präsidenten und den Vizepräsidenten bestanden hätte und

in dem Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip gefaßt wären, hätte einer Zweidrittel-Mehrheit des Konzils bedurft. Auf der gleichen Sitzung sprach sich das Konzil für eine sechsjährige Amtsperiode für den ersten Präsidenten der Hochschule aus. Laut Erlass des Wissenschaftsministers wäre eine Verkürzung der Amtszeit auf vier Jahre möglich gewesen.

Ausbau der Naturwissenschaften

Entscheidung fällt noch im September

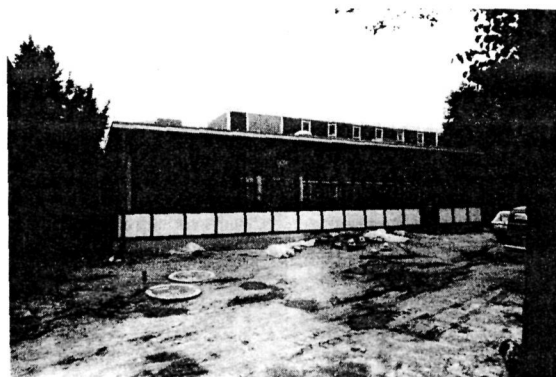
Entgegen zunächst anderslautenden Meldungen wird der Wissenschaftsrat im September noch einmal über den Ausbau der Naturwissenschaften in Oldenburg und Osnabrück beraten. Dann soll endgültig die Entscheidung darüber fallen, ob der erste und zweite Bauabschnitt - beide sind bis zur letzten Steckdose geplant - im neunten Rahmenplan aufgenommen werden.

Wie bereits berichtet, hatte der Wissenschaftsrat auf seiner Sitzung Anfang Juli überraschend die Ausbauanträge des Landes Niedersachsen nicht verabschiedet, obwohl sie bereits stark reduziert worden waren, was in der Universität und der Region zu heftigen Protesten geführt hatte. Durch einen Kompromißvorschlag der Hochschule war es vor der Sitzung des Wissenschaftsrates noch zu einer auch vom Kabinett abgesehenen Lösung gekommen, die zumindest den Minimalausbau der Naturwissenschaften mit funktionsfähigen Einheiten sicherstellen sollte. Das nun negative Votum des Wissen-

schaftsrates überraschte auch den Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, Rolf Möller, der vor der Universitätsgesellschaft dazu erklärte: „Innerhalb aller kürzester Zeit glaubten wir uns bis vor kurzem noch in einer Art Gegnerschaft zu dieser Region. Jetzt sehen wir uns in der schönen Position dessen, der die Interessen der Region gegen 'andere böse Feinde' verteidigen darf.“

Die Vorbehalte des Wissenschaftsrates sind vor allen Dingen darauf zurückzuführen, daß in einigen Universitäten naturwissenschaftliche Studienplätze - so auch im harten Numerus-Clausus-Fach Biologie - nicht besetzt sind. Allerdings kann zumindest die Universität Oldenburg dem entgegenhalten, daß trotz nicht gerade optimaler Studienbedingungen der Bedarf an Studienplätzen in Oldenburg groß ist und sich gerade hier die Berechtigung des auch vom Wissenschaftsrat stets proklamierten Regionalisierungskonzepts in besonderer Weise bestätigt. gh

Universität - architektonischer Umweltverschmutzer



Keine Frage: die Bedingungen, unter denen die Hochschulangehörigen das Essen einnehmen müssen, sind katastrophal, und Maßnahmen, sie kurzfristig zu verbessern, sind zu begrüßen. Doch, was sich die zuständigen Baubehörden jetzt als Erweiterung der Mensa ausgedacht und realisiert haben, muß jeden empören, der sich einen Rest von Stolzgefühl auch in der Architektur bewahrt hat. Zwar versichern die Behörden, der neue Trakt mit 200 Plätzen werde bald wieder demontiert und nach Fertigstellung der

naturwissenschaftlichen Gebäude in Wechloy dort errichtet, aber niemand glaubt so recht daran angesichts des massiven Fundaments, das dafür gelegt wurde. Aber vielleicht ist dieser Anbau, dessen Kosten nicht viel billiger gewesen sein dürften, als es ein stilgerechter Anbau gewesen wäre, symptomatisch für den Ausbau der Hochschule insgesamt, die sich mit der Parkpalette, dem VG und dem AVZ als ein immer größerer architektonischer Umweltverschmutzer in Oldenburg darstellt. gh Foto: Zahn

Rat genehmigte Plan-Entwürfe

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause genehmigte der Oldenburger Stadtrat einmütig die Entwürfe zur Änderung des Flächennutzungsplanes 151 und zum Bauabstandsplan 448 für den Universitäts-Standort C am Kupfersweg. Die Pläne werden jetzt im Rahmen der Bürgerbeteiligung ausgelegt und anschließend dem Stadtrat zur erneuten Beratung und Beschlußfassung vorgelegt. An diesem Standort in Wechloy sollen die naturwissenschaftlichen Studienplätze errichtet werden.

ELAB-Bericht an Kultusminister

In einem zwölfseitigen Bericht an den Kultusminister hat die Universität noch einmal detailliert die Probleme der einphasigen Lehrerbildung dargestellt und gleichzeitig darauf verwiesen, daß für einen Abbruch der ELAB vor dem vorgesehenen Termin kein Anlaß existiere, weil die Absicherung des schulpflichtigen Anteils für die Studenten, die sich künftig immatrikulieren, eine Schwierigkeiten bereiten würde. Dies gelte besonders im Sek.-II-Bereich nur für bereits eingeschriebene Lehramtsstudenten.

Trotz Investitionszuschüssen:

Entwicklung zur Unterentwicklung? Oldenburger Studenten untersuchten Subventionspolitik in Ostfriesland

Mit den aus dem Projektstudium abgeleiteten Ansprüchen auf Problembezogenheit, Praxisbezogenheit und Interdisziplinarität haben die Studenten Eko Ahlers (Raumplanung) und Alf Baumhöfer (Diplom-Ökonomie) ihre Examensarbeit verfaßt - Thema: „Regionale Wirtschaftsförderung in Ostfriesland“. Entwickelt wurde die Aufgabenstellung aus der Mitarbeit im Projekt „Entwicklungsraum Ostfriesland“ (EROF). Bei ihrer Arbeit entdeckten die Studenten auch Bezüge zu den Perspektiven ihres derzeitigen Arbeitsplatzes. Während zunehmende staatliche Subventionen für die Wirtschaft kaum neue Arbeitsplätze schaffen, werden Investitionen im Hochschulforschungsbereich mit garantierten zusätzlichen Arbeitsplätzen gleichzeitig von der Landesregierung gekürzt. Nachfolgend eine Zusammenfassung der Autoren:

Trotz des Einsatzes hoher öffentlicher Mittel verschärfen sich die regionalen Probleme. Damit verschlechtern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung. Auf Ostfriesland bezogen heißt das: Abnahme der Industriebeschäftigtenzahl, hohe Arbeitslosenzahlen, Abwanderungen.

Dieser Tendenz zur Verschärfung der Disparitäten aufgrund von großräumigen Konzentrationsprozessen auf der einen und Entleerungsprozessen auf der anderen Seite soll durch staatliche Eingriffe entgegengesteuert werden. Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Bundesgebietes ist ein Ziel staatlicher Politik. Ob und inwieweit die Regionalpolitik (eines der zentralen Instrumente ist die Subventionierung von privaten Investitionen) diesem Anspruch bisher entsprochen hat, ist umstritten. Die nahezu seit Bestehen der Bundesrepublik stattfindende finanzielle Unterstützung privater Investoren bleibt als Investitionsanreizpolitik darauf angewiesen, daß diese in gewünschter Weise auf die Anreize reagieren. Die Berechtigung staatlicher Subventionen in direkter und indirekter Form an private Unternehmen und das Mißverhältnis zwischen Mittelaufwand und Ansiedlungserfolg sind dabei in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gerückt. Ei-

ne Kontrolle der Effizienz der knappen staatlichen Finanzmittel wird daher in zunehmendem Maße gefordert.

Auswahl von Ergebnissen

In unserer Untersuchung für den Zeitraum von 1972 bis 1977 haben wir versucht, aus der sozialökonomischen Entwicklung Ostfrieslands und der sachlichen und räumlichen Verteilung der Förderung von Investitionen gewerblicher Produktionsbetriebe in Ostfriesland mit Investitionszulage und -zuschuß vor dem Hintergrund der regionalpolitischen Zielsetzungen und theoretischen Konzeptionen, die Auswirkungen dieser Subventionen einzuschätzen.

Für die 400 im Zeitraum 1972-77 in Ostfriesland geförderten Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft mit einer Investitionssumme von ca. 1.731 Mio. DM wurden von Bund und Land etwa 90 Mio. DM Investitionszulagen und 66,4 Mio. DM Investitionszuschüsse gewährt. Damit sollten etwa 10.000 zusätzliche Dauerarbeitsplätze im gewerblich-industriellen Bereich geschaffen werden.

Etwa 3/4 der geförderten Vorhaben und Arbeitsplätze entfielen laut der Anträge auf Erweiterungen (mit mehr als der Hälfte der Investitions-

summe). Tatsächlich handelt es sich aber häufig um Rationalisierungsmaßnahmen, die allerdings als Erweiterungsinvestitionen in die Statistik eingehen, weil dann eine höhere Förderung in Anspruch genommen werden kann.

Laut Antragsstatistik wurden im Rahmen der Förderung in Ostfriesland, erheblich abweichend von anderen niedersächsischen Förderungsregionen, kaum Rationalisierungs- und Umstellungsinvestitionen gefördert.

Fast 60 % des mit Investitionszuschüssen geförderten Investitionsvolumens in Ostfriesland entfiel auf ein einziges Vorhaben.

Laut Antragsstatistik wurden in Ostfriesland durchschnittlich die kapitalintensiven Arbeitsplätze Niedersachsens gefördert (mit knapp 167.000 DM Investitionssumme pro Arbeitsplatz das 1,5fache des niedersächsischen Durchschnitts).

Der hohe Anteil geförderter Großbetriebe in den Industriezweigen Metallverarbeitung, im Schiffbau und in Maschinenbau, die zudem noch intensiver bezuschußt wurden, führte zu diesem Ergebnis. Bei den geförderten Großprojekten bzw. -betrieben handelte es sich in der Regel um Zweigwerke oder um Betriebe mit Zweigwerkcharakter, die in etlichen Fällen mehrmals subventioniert wurden. Die angestrebte Initialzündung konnte durch die Förderung offensichtlich nicht erreicht werden. Vielmehr fand vielfach eine Dauersubventionierung statt.

Die starke räumliche Schwerpunktbildung der Förderung von gewerblichen Investitionen auf die beiden Standorte Emden und mit Abstand Leer kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die finanzielle Förderung so gut wie keinen Einfluß auf die räumlichen Investitionsentscheidun-

gen der privaten Unternehmen ausübte. Dies wird besonders deutlich am Beispiel des Schwerpunkttortes Aurich. Der Standort Aurich hat 1975 eine Höherstufung in der Förderpräferenz erfahren (vorher konnten förderungswürdige Investitionen dort mit max. 15 % der Investitionskosten bezuschußt werden, seit 1975 dagegen mit 20 %). Trotzdem wurden in dem Zeitraum 1975-77 in Aurich relativ weniger Investitionsvorhaben gefördert als in den übrigen ostfriesischen Standorten.

Da aus der Förderpräferenzhöhung keine Auswirkungen auf das Investitionsverhalten, weder der ansässigen Unternehmen noch von Unternehmen außerhalb des geförderten Standortes, erkennbar ist, ob-

wohl zudem erhebliche Zuschüsse für die kommunale Infrastruktur in Aurich gewährt wurden, muß der von Wirtschaftspolitikern unterstellte kausale Zusammenhang zwischen Finanzierungshilfen und privaten Investitionen bestritten werden. Vielmehr ist von einem hohen „Mitnahmeeffekt“ bei der staatlichen Subventionierung von gewerblichen Betrieben auszugehen.

Aufgrund der hier ausgewählten und der weiteren in den Untersuchung gewonnenen Ergebnisse zur regionalen Wirtschaftsförderung in Ostfriesland kann die Feststellung getroffen werden, daß die formulierten Ziele der Raumordnung und der regionalen Wirtschaftspolitik und die reale räumliche Entwicklung zunehmend auseinanderklaffen.

Schlußfolgerungen aus der Untersuchung

Diese detaillierten Untersuchungsergebnisse konnten nicht nur die Vermutung erhärten, daß die Investitionsentscheidungen von privaten Unternehmen in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht weitgehend unabhängig von Zuschüssen und Zulagen sind, sondern daß die Unausgewogenheit der ostfriesischen Wirtschaft tendenziell in einzelnen Bereichen sogar verstärkt wurde: Die sozialökonomische Entwicklung Ostfrieslands hat gezeigt, daß trotz des Einsatzes von Subventionen die Unterschiede zur Landes- und Bundesentwicklung geblieben sind. Die Ungleichheiten haben sich zum Teil noch verschärft; z.B. höhere Arbeitslosenquoten (1972: AA-Bezirke Emden, Leer 8,2 bzw. 4,4 %; LAA Niedersachsen-Bremen 6,6 %; 1978: AA-Bezirke Emden, Leer 15,2 bzw. 18,7 %; LAA Niedersachsen-Bremen 11,4

% - Stand jeweils Ende September) und höhere Abwanderungen (1971: Wanderungsgewinn (plus) 877; 1977: Wanderungsverlust (minus) 1.014). Weiterhin kam es aufgrund des Ausbildungs- und Arbeitsplatzmangels sowie der räumlichen Konzentration der Arbeitsplätze zu zunehmend längerer Pendlerwegen. Aufgrund dieser Ergebnisse und weiterer grundlegender Tendenzen in der ostfriesischen Wirtschaft kann von einer Entwicklung zur Unterentwicklung gesprochen werden. Das Mißverhältnis zwischen Arbeitsplatzangebot und Arbeitsplatznachfrage konnte durch die Förderung von Investitionsvorhaben gewerblicher Produktionsbetriebe nicht beseitigt werden. Vielmehr hat sich die langfristige Perspektive für die strukturschwache Untersuchungsregion noch verschlechtert.

Hilfe zur biologischen Selbstreinigung

Universität stellte Modell für Gewässerschutz in Bornhorst vor

Oberflächenentwässerung ist immer dann „effektiv“, wenn das Wasser schnell abfließen kann. Am „besten“ kann dieser Anspruch eingelöst werden, wenn dazu vorhandene kleine Wasserzüge „ingenieurmäßig“ ausgebaut werden - mit kahlen Böschungen und nackter Grabensohle. Der Nutzen für die Landwirtschaft hat jedoch eine „Nebenwirkung“: Das Gewässer kippt, denn der Sauerstoffgehalt sinkt gegen Null.

Beide - sich zunächst ausschließenden - Ansprüche, nämlich ökonomisch sinnvolle Entwässerung und ökologisch notwendige Wasserqualität, zusammen zu verwirklichen, hat sich ein Forschungsvorhaben der Universität unter der Leitung von Professor Höpner gestellt. Der Modellversuch liegt unmittelbar vor der Stadt: Im Feizeitgebiet Bornhorst verläuft entlang der Nord- und Ostseite des (südlichen) Großen Bornhorster Sees ein Wasserzug, der dem Besucher auffallen mag, wenn er ihn mit dem Aussehen anderer Wasserzüge vergleicht: Er ist dicht mit Wasserpflanzen bewachsen, wobei einheitlich bewachsene Streckenabschnitte zeigen, daß sich die Wasserpflanzen nicht von selbst angesiedelt haben, sondern angepflanzt worden sind. Der aufmerksame Beobachter wird entlang der Strecke stabile Gehäuser für Melgeräte und junge Wissenschaftler entdecken, die Meß-, Probenahme- und Pflegearbeiten durchführen.

Der Wasserzug hat die wasserwirtschaftliche Aufgabe, den großen Bornhorster See vor allem im Sommer vor Verschmutzungen zu bewahren, die sonst aus der Wahnbäke und dem Geestrandgraben zufließen würden, denn diese Gewässer werden durch die Kläranlage Wahnbeck und weitere Einleiter belastet. Da der See aber als Hochwasserspeicher dient, ist die Aufgabe auf Zeiten beschränkt, in denen kein Hochwasser herrscht. Dem Wasserzug wurde für die Dauer eines zeitlich begrenzten Experiments noch eine weitere Funktion zugewiesen: Die Qualität

des Wassers, das er um den Bornhorster See herum in das Wolfssiel leitet, soll mit Hilfe der „biologischen Selbstreinigung“ so weit wie möglich verbessert werden. Deshalb ist der Wasserzug technisch und biologisch so angelegt worden, daß die Voraussetzungen für biologische Selbstreinigung gegeben sind. Die Melgeräte und die Probenahmehäuser das Ziel, die Wirkung dieser Gestaltung auf die Wasserqualität zu prüfen. Das Experiment wird vom Projekt „Umweltentwicklung und -planung im küstennahen Gebiet“ (früher „Lebensraum Haareniederung“) der Universität Oldenburg mit Unterstützung der Moorriem-Ohmstedter Sielacht und des Wasserwirtschaftsamtes durchgeführt. Es soll über die Versuchsstrecke hinaus allgemeine Richtlinien darüber liefern, wie in unserem Nordwestraum über die Gestaltung von Gewässern Beiträge zu einer Verbesserung der Wasserqualität geliefert werden können. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie und sein Projektträger „Wassertechnologie“ hat die Bedeutung des Experiments dadurch anerkannt, daß es es mit insgesamt 284 000 DM für die Zeit von Herbst 1978 bis Herbst 1980 unterstützt.

Daß wissenschaftliche Arbeit über die Gestaltung von Gewässern aktuell ist, kann man am Beispiel Oldenburgs erkennen. Viele Gewässer sind in und um die Stadt in den letzten Jahren umgebaut worden und werden es noch. Einige Beispiele: Die Haaren im Bereich des Wold und oberhalb in Zusammenhang mit dem

Bau des Hochwasserspeichers und weiter in Zusammenhang mit dem Schöpfwerk am Stau, die Wahnbäke und der Geestrandgraben mit einem Hochwasserspeicher an der Butjadinger Straße, die Hausbäke, die Südbäke mit Hochwasserspeicher an der Feldstraße. Eine öffentliche Diskussion erzeugte kürzlich der Ausbau der Lethe, obwohl dort sogar noch auf technische Mittel der Befestigung der Grabensohle verzichtet wurde. Das wesentlichste Beispiel aber wird der Ausbau der Hunte vom Barneföhler Holz anaufwärts werden, um das bereits diskutiert wird. Sucht man nach den Anlässen für diese Aufwendungen, findet man sie in den meisten Fällen beim Autobahnbau, weil die Ableitung des Regenwassers von der insgesamt riesigen betonierten Fläche neue Probleme aufwirft.

Bei diesen Umbauten kommt in der Regel ein Grabenprofil heraus, das durch Einfassung mit Holz-Flechtwerk wenigstens noch ein natürliches Material verwendet, das sich aber bei der Beobachtung und Messung als nicht optimal für die biologische Selbstreinigung erweist. Das Wasser ist (vor allem wenn man seine Trübung und Braunfärbung berücksichtigt) zu tief für die Ansiedlung von Wasserpflanzen und zu ruhig und langsam, um eine ausreichende mechanische Sauerstoffversorgung zu bekommen. Am Beispiel des Geestrandgrabens hat die Universitäts-Arbeitsgruppe dies genauer und langfristig durchgemessen, und beobachtet, daß dieses Gewässer an seinem Ende, der Nordwestecke des Bornhorster Sees, zeitweilig „umgekippt“ ist: enthält keinen Sauerstoff mehr. In diesem Zustand tritt es dann in die beplante Versuchsstrecke ein, und dort genügen 500 Meter, um das Wasser mit Sauerstoff anzureichern.



Durch eine gezielte und der Landschaft angepaßte Bepflanzung der Gräben kann die Wasserqualität schon auf einer relativ kurzen Strecke wesentlich verbessert werden.

Foto: Koopmann

GO-Ausschuß wurde neu gewählt

Die Statusgruppen im Konzil haben ihre Vertreter für den Grundordnungsausschuß neu gewählt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Konzilsmitglieder. In dem Ausschuß sind die meisten hochschulpolitischen Gruppierungen repräsentiert. Hochschullehrer: Gorny (AKH), Schulenberg (Dem. Hochschule), Sterzel (Linke Liste). Wissenschaftliche Mitarbeiter: Kriszjo (BdWi), Neumann (AKH), Otto (Linke Liste). Studenten: Czarnecki (MSB), Hoffmann (SHB), Kötz (BG). Dienstleister: Neemeyer, Schumann, Buchholz (alle ÖTV). Der Ausschuß muß bis Ende dieses Jahres einen an das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) angepaßten Entwurf für die Grundordnung erarbeiten, der in jedem Fall strukturelle Veränderungen mit sich bringen wird.

Vergleichsweise hoher Stand der Lehrerausbildung

„Tag der offenen Tür“: Musik in der Diskussion

Am 11. Juli veranstaltete das Fachgebiet Musik seinen 2. „Tag der offenen Tür“, um sich mit einer Folge von musikalischen Aktionen und Vorführungen, zugleich aber auch mit seinen instrumentalen und apparativen Einrichtungen der musikalischen und pädagogischen Öffentlichkeit vorzustellen.

Das Programm - zehn Stunden non-stop - setzte sich fast ausnahmslos aus Instrumental- und Vokalstücken bzw. aus Tonbandproduktionen zusammen, die von Studenten des Fachgebiets Musik im Rahmen ihres Lehrerstudiums erarbeitet bzw. komponiert worden sind. Es dokumentiert so den vergleichsweise hohen Stand der reformierten Oldenburger Musiklehrerausbildung.

Im Mittelpunkt der instrumentalen Darbietungen stand das von Cees Teeling geleitete Schlagzeugkonzert im Kammermusiksaal, dessen Programm nicht nur von der großen stilistischen Vielfalt, sondern auch von der klanglichen Differenziertheit zeitgenössischer Schlagzeugmusik zeugte. Den Gegenpol bildeten eine Reihe von Solos und Duos für Gitarre bzw. Violine - teils Barock -, teils zeitgenössische Kompositionen. Von großen Erwartungen getragen wurde schließlich die Uraufführung der „Fantasie in A-Dur“ von der Oldenburger Studentin Ute Steigemann: eine streng auskomponierte, szenisch arrangierte Pause für vier Minuten, acht Musiker und Publikum ad libitum.



Großes Interesse fand das von Cees Teeling geleitete Schlagzeugkonzert.

Foto: Stroh

Der apparative Teil des Programms umfaßte vier Tonbandkompositionen zu Problemen von Jugendlichen mit ihren Eltern und ihrer eigenen Identitätsfindung („Wir und die Rockmusik“), zur sozialen Situation gesellschaftlicher Randgruppen („Die Bremer Stadtmusikanten“), über die Zerstörung der akustischen Umwelt durch Lärm („Stille“) sowie über die Ängste eines Junglehrers angesichts der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit seiner ersten Unterrichtsversuche („Sie müssen schon schreien, eher sind wir nicht ruhig!“). Alle vier Produktionen haben ihren Aus-

gangspunkt in der Auseinandersetzung mit sozialen Situationen und in der Erfahrung persönlicher Betroffenheit. So war es kein Wunder, daß die Zuhörer - der Kammermusiksaal war zeitweise überfüllt! - die apparativen Vorführungen eher nachdenklich als kulinarisch, immer aber mit großem Interesse aufgenommen haben.

Unterhaltung und Belehrung (frei nach Brecht) zu bieten - diesen Anspruch hat der Verlauf des 2. „Musikalischen Tages der offenen Tür“ eingelöst.

Niels Knolle

Kurzstudiengänge:

Kein Rezept für die Studienreform

Nach den Strukturentwürfen für den Ausbau der Universität Oldenburg waren auch 1.000 Studienplätze in Kurzstudiengängen vorgesehen. Der Senat der Universität hat kürzlich beschlossen, auf Kurzstudiengänge zu verzichten und diese Kapazität den Langzeitstudiengängen zuzurechnen, zumal in den betroffenen Bereichen der Naturwissenschaften und die Wirtschaftswissenschaften bereits längere Studiengänge voll entwickelt sind und die Ausbauplätze für Kurzstudiengänge gar keinen Platz ließen.

Kurzstudiengänge als strukturelle Veränderung der Hochschulausbildung werden seit Jahren vom Wissenschaftsrat empfohlen und sind im Bildungsgesamtplan und den Ausbauplänen der Länder zum festen programmatischen Bestandteil geworden. Von den Befürwortern werden vor allem zwei Argumente für die Notwendigkeit von Kurzstudiengängen angeführt.

Wegen zu starker theoretischer wissenschaftlicher Ausrichtung der Langzeitstudiengänge sei eine Fehlqualifikation zu befürchten; statt dessen sollten pragmatische Fähigkeiten gefördert werden. Außerdem werde auch der starre Aufbau von Langzeitstudiengängen nicht den beruflichen Anforderungen und den veränderten Berufsfeldern gerecht. Hier seien Kurzstudiengänge geeignet, weil sie einen früheren Berufseintritt ermöglichen, eine notwendige stoffliche Ausrichtung auf berufspraktische Anforderungen kurzfristig verändern und einführen können.

Zur Entlastung der Ressourcen an den Hochschulen soll bei steigenden Studentenzahlen die durchschnittliche Verweildauer an den Hochschulen verringert werden. Von dieser Maßnahme erwartet der Wissenschaftsrat, daß bei kürzerer Verweildauer durch kürzere Studiengänge auch mehr Kapazität zur Verfügung steht, um mehr Studenten auszubilden. Das gesetzte bildungspolitische Ziel der Ausbildung von 22-24 Prozent eines Altersjahrgangs an Hochschulen und einer Zielzahl von 850.000 flächenbezogenen Studien-

plätzen soll bis 1985 durch strukturelle Änderungen im Studienangebot realisiert werden können. Vor allem die Kurzstudiengänge an den Fachhochschulen, zunehmend aber auch an den wissenschaftlichen Hochschulen sollen die Studentennachfrage der 80er Jahre bewältigen helfen, bei gleichzeitiger Reduzierung der finanziellen Aufwendungen durch Bund und Länder. Diese Thesen sind teilweise in den Voraussetzungen, aber auch in ihren bildungspolitischen Konsequenzen nicht tragbar.

Wenn Kurzstudiengänge besser für den unmittelbaren Berufseintritt vorbereiten sollen, müssen sich die Studieninhalte an den konkreten Anforderungen des Berufes orientieren. Durch den vergleichsweise früheren Berufseintritt soll der „Kurzstudent“ zudem flexibler einsetzbar sein. Es ist sehr fraglich, ob dieser Praxisbezug tatsächlich die beruflichen Einsatzmöglichkeiten verbessert. Statt dessen ist eine Ausbildung für ein breites Berufsfeld erforderlich, das die beruflichen Aussichten erweitert und die Veränderungen des Berufsfeldes und die wachsenden Anforderungen mit einschließt. Eine breit angelegte Berufsausbildung erfordert aber eine längere und intensivere Studiendauer. Die Frage nach dem erforderlichen Berufsfeldbezug und den notwendigen Fähigkeiten für den Übergang in das Beschäftigungssystem müssen innerhalb der Studienreform an den Hochschulen sowie in dazu berufenen Kommissionen beantwortet werden; das Problem wird jeden-

falls nicht gelöst, wenn man einen reibungslosen Übergang durch unmittelbare Berufsvorbereitungen fördert.

Aus den Berichten über die Arbeitsmarktsituation geht hervor, daß die Absolventen von Fachhochschulen mit Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen um die gleichen Stellen konkurrieren. Diese Tendenz erweitert sich auch auf andere Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen, die vielseitig und unspezifisch ausbilden.

Aus beschäftigungspolitischen Gründen ist nicht eine berufsspezifische Ausbildung, sondern eine bessere und längere Ausbildung zu fordern, zumal viele qualifizierte Positionen, wie z.B. der höhere Dienst, den Absolventen von Langzeitstudiengängen vorbehalten ist. Eine Verkürzung der Studiendauer beschleunigt den Eintritt der Studenten in den Arbeitsmarkt. Da nicht zu erwarten ist, daß die Zahl freier und verfügbarer Stellen im gleichen Maße steigt, würde diese Entwicklung noch die Arbeitslosigkeit von Akademikern fördern.

Mit wachsender Zahl von Kurzstudiengängen wird auch die Möglichkeit der Aufnahme eines Langzeitstudiengangs verringert. Damit wird mit der Wahl des Studiengangs auch die Entscheidung über den Grad an Qualifikationen und beruflicher Chance getroffen. Immer weniger hochqualifizierte Absolventen stehen bereit, um die höherangigen beruflichen Positionen zu besetzen und auch den wissenschaftlichen Nachwuchs an den Hochschulen zu stellen. Dies führt zur Ausbildung von Studenten für die durchschnittlichen Anforderungen und von Elitestudenten für die Spitzenpositionen und bedeutet im Ergebnis die bildungspolitische Umkehr des Zieles, durch Mehrqualifikation auch soziale Hierarchie abzubauen.

Ein Nebeneinander von Kurz- und Langzeitstudiengängen gleicher Fachrichtung an den Hochschulen ist nicht wünschenswert und nur schwer realisierbar. Solange für den Studenten nicht erkenntlich ist, warum ein kurzer Studiengang bessere be-

Wiederaufleben und Erstarken des Neofaschismus verhindern

Konzil solidarisch mit Widerstandskämpfer Willi Bleicher

Einstimmig hat sich das Konzil auf seiner letzten Sitzung mit dem Gewerkschafter und Widerstandskämpfer Willi Bleicher, der im vergangenen Jahr in der Universität Oldenburg von der Liga für Menschenrechte mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille ausgezeichnet wurde, solidarisch erklärt. Gegen Bleicher hat die baden-württembergische NPD Strafanzeige wegen übler Nachrede und Verleumdung gestellt.



Willi Bleicher

Aus Protest gegen einen Parteitag der NPD in Tuttingen hatte Bleicher, der von den Nationalsozialisten über 10 Jahre in verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern - u.a. in Buchenwald - gefangengehalten worden war, die Teilnehmer einer „Antifaschistischen Woche“ aufgefordert: „Betet, daß Ihr nicht in Versuchung kommt, den Verbrechern zu folgen, die sich NPD nennen.“

In dem Beschluß des Konzils wird dazu erklärt: „Das Konzil sieht in der neofaschistischen NPD eine Nachfolgeorganisation der NSDAP und ist wie Willi Bleicher der Ansicht, daß alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik aufgerufen sind, alles zu tun, um ein Wiederaufleben und Erstarken der neofaschistischen Kräfte zu verhindern. Das Konzil erwartet daher, daß die zuständige Staatsanwaltschaft in Rottweil keine Anklage gegen Willi Bleicher erhebt.“

In der Begründung zu diesem Beschluß wird darauf verwiesen, daß das Konzil der Universität Oldenburg bereits in zahlreichen Erklärungen vor der Gefahr des Wiederauflebens neofaschistischer Organisationen gewarnt habe. Es sehe hierzu eine besondere Verpflichtung aufgrund des in der Grundordnung der Universität formulierten Auftrags, „die Verbindung von Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis im Dienste des Friedens und gesellschaftlichen Fortschritts“ zu fördern.

In diesem Zusammenhang wird an die bisher erfolglosen Bemühungen um die Führung des Namens „Carl-von-Ossietzky-Universität“ als Aus-

ruflische Aussichten verspricht als ein längerer, werden die Studenten den längeren vorziehen. Eine andere Entscheidung kann aus heutiger Sicht auch nicht empfohlen werden. Eine willkürliche Verteilung auf zwei Studiengänge gleicher Fachrichtung wäre aus bildungspolitischen Gesichtspunkten nicht vertretbar.

Zur angeblichen Entlastung der Ressourcen der Hochschule ist folgendes zu sagen:

Die Zahl der aufzunehmenden Studenten (Studienanfänger) wird von der Personalkapazität, also dem Lehrangebot und der Lehrnachfrage aus der Sicht der Studenten bestimmt. Das Lehrangebot ist abhängig von Lehrverpflichtungen und Personalstruktur. Die Lehrnachfrage richtet sich nach den Anforderungen eines sinnvollen und unter dem Gesichtspunkt der auszuöppfenden Kapazität mindestens erforderlichen Studienangebots. Die Lehrnachfrage eines Studenten verändert sich nicht durch die Dauer seines Studiums, sie wird in längeren Studienzeiten lediglich anders verteilt; diese Möglichkeit hat allerdings keinen Einfluß auf die Ausbildungskapazität und damit die Zahl der freien Studienplätze.

Für eine Vermehrung der Studienplätze durch Verkürzung der Studienzeiten wäre also Voraussetzung, daß auch das erforderliche Lehrangebot reduziert würde. Vergleiche zwischen Langzeitstudiengängen und verwandten Kurzstudiengängen an Fachhochschulen zeigen eindeutig, daß die Lehrnachfrage in der Summe im Kurzstudiengang nicht geringer ist. Die Studiengänge an den

druck dieses Auftrags sowie an die in den Räumen der Universität vorgenommene Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille an Willi Bleicher durch die Internationale Liga für Menschenrechte - Sektion Berlin - erinnert. Willi Bleicher hatte diese Auszeichnung - gemeinsam mit dem Bundesverfassungsrichter Dr. Helmut Simon - für seine Verdienste um die Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden erhalten.

Auch aus Gewerkschaftskreisen, von Belegschaften und Betriebsräten hat Bleicher zahlreiche Solidaritätsbekundungen erhalten. So erklärte sein Nachfolger, der Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, Franz Steinkühler, vor der Bezirkskonferenz seiner Organisation: „Die über eine halbe Million Mitglieder der IG Metall und darüber hinaus der ganze DGB dieses Landes werden mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, ob unserem ehemaligen Bezirksleiter Willi Bleicher der Prozeß gemacht wird für seine klaren Aussagen gegen die Neofaschisten. Die Gewerkschaften werden nicht tatenlos zusehen, wenn ehemalige KZ-Arzte und KZ-Außerer, die vielfachen Mord begangen haben, freigesprochen werden und die wenigen Überlebenden dieser Greuelthaten verurteilt werden weil sie vor diesen Verbrechern und ihren Gesinnungsgenossen in der NPD gewarnt haben. Wir können nur hoffen, daß die Rechtsprechung nicht soweit pervertiert ist.“ Die Teilnehmer der Bezirkskonferenz machten einstimmig die Äußerungen ihres ehemaligen Bezirksleiters Bleicher zu den ihrigen. jb

Fachhochschulen sind mit höheren Curricularwerten ausgestattet; die Studenten studieren länger im Semester und haben höhere Präsenzzeiten als die Studenten der Universitäten. Ein kapazitätsentlastender Effekt und damit eine Vermehrung der Studienplätze ist mit der Verkürzung der Studiendauer also nicht verbunden. Kurzstudiengänge verringern die durchschnittliche Verweildauer und damit die Gesamtzahl der Studienplätze. Damit muß allerdings keine Kostenersparnis verbunden sein, die Beanspruchung der Flächen und Räume der Hochschule durch den Studenten ist von den typischen Anforderungen des Studiums her festgelegt. Unveränderte Lehrnachfrage und eine Verkürzung des Studiengangs würden den Flächenbedarf steigern, da mehr Studenten im gleichen Zeitraum nachfragen.

Die Personalkosten sind nicht geringer bei Kurzstudiengängen. Wie bereits erläutert, bleibt die Lehrnachfrage unverändert. Im Kurzstudiengang muß daher der Betreuungsaufwand steigen, um einen Ausgleich zu schaffen. Wie der Aufbau von Fachhochschulstudiengängen zeigt, würden viele Kleingruppen unter Anleitung von Hochschullehrern und mehr Semesterwochenstunden benötigt. Daher ist mehr wissenschaftliches Personal notwendig als im Langzeitstudiengang. Diese Tatsache wird an Fachhochschulen lediglich durch die höhere Lehrverpflichtung aufgefangen. Für wissenschaftliche Hochschulen treten dabei keine kostensparenden Effekte ein.

Yorck Hener

„Studenten fällt es offensichtlich schwer, sich als Abhängige zu sehen“

DGB-Sekretär über die Kooperation zwischen DGB und Universität

Werner Mock, Sekretär der Industriegewerkschaft Druck und Papier in Oldenburg, hielt auf dem vom ASiA veranstalteten Kongreß zur Studienreform ein Referat über die Kooperation der Universität mit dem DGB-Landesbezirk Niedersachsen. Dabei warnte er vor allzu großer Euphorie, da noch viel Unverständnis auf beiden Seiten abzubauen sei. Nachfolgend eine Zusammenfassung des Vortrages:

Die Kooperation in Oldenburg kann positive Ergebnisse vorweisen, manche sogar über den Einzugsbereich der Universität hinaus:

- Projekt E R O F (Entwicklungsraum Ostfriesland) mit einer Reihe von Unterprojekten, z.B. „Regionale und sektorale Innovationsberatungsstellen für peripher gelegene wirtschaftsschwache Räume“;
- Projekt öffentlicher Personennahverkehr, aufgegriffen vom Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV in Stuttgart. Daraus entwickelt: kommunalpolitischer Arbeitskreis des DGB Oldenburg;
- Untersuchungen bei der Firma Asbestos, Nordenham, über die Auswirkungen von Asbeststaub und anderen Chemikalien in Zusammenarbeit mit der zuständigen IG Chemie, Papier, Keramik.

Daneben sind Ansätze zur Kooperation in den Anfängen steckengeblieben, obwohl sie vom Thema her ähnliche Voraussetzungen bieten: Technischer Wandel in der Druckindustrie ist in der Universität in einem Seminar behandelt worden. Der IG Druck und Papier ist aus diesem Seminar dankbar angenommene Hilfe geleistet worden. Bleibender Teil der Universitätsarbeit ist es nicht geworden.

Insgesamt muß man sagen, der Anspruch der Kooperationsvereinbarung ist noch nicht erfüllt worden. Es gibt Hemmnisse auf beiden Seiten, einen arbeitswirksamen Kontakt zu finden. Erst wenn sie überwunden sind, kann die Kooperationsverein-

barung voll verwirklicht werden. Ansatzweise kann man aufzählen, was die Zusammenarbeit hindert. Auf Gewerkschaftsseite ist es das Unverständnis für Lebens- und Arbeitsbedingungen an Hochschulen, die mangelnde Vertrautheit mit Lehre und Forschung. Das Vorurteil gegen „die Studenten“ ist nicht verschwunden. Es wird nicht nur genährt aus dem linken Wortradikalismus mancher Studentengruppen, sondern auch aus der Alltagserfahrung, daß Studenten später Vorgesetzte der Arbeitenden werden oder die Lehrer, die über das Fortkommen der Kinder entscheiden.

Auf der Universitätsseite besteht ein Unkenntnis des Arbeitslebens, die meist spiegelbildlich der Unkenntnis der Gewerkschaftsseite entspricht. Obwohl an der Oldenburger Universität der Anteil der Studierenden, die über den zweiten Bildungsweg zum Studium gekommen sind, besonders hoch ist, wirkt sich das wenig aus auf die Mehrzahl ihrer Kommilitonen, die auf dem herkömmlichen Weg direkt von der Schule zum Studium gelangt sind. Vielen Studenten fällt es offensichtlich schwer, sich selbst als abhängig Beschäftigte zu sehen. „Hilfe für Gewerkschaften“ ist etwas, das abgehoben von ihrer gegenwärtigen Lage geleistet wird. Daß auch sie selbst in dieser Gesellschaft nur vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben können, wird nicht von allen gesehen.

Die Verbindung zwischen den Kooperationspartnern ist an sich durch

die paritätische Kommission und informelle Kontakte hergestellt. Es fehlt aber ein systematisches Angehen der verschiedenen Ausgangspunkte und ein daraus entwickelter Ausgleich der Arbeitsweisen. Hier könnte eine Kontaktstelle, die Verbindungen knüpft, Gesichtspunkte austauscht und Arbeitsaufträge vergibt, Abhilfe schaffen.

Der oft geäußerte Vorschlag (z.B. v. Campenhausen), die Gewerkschaft möge wie die Wirtschaft Forschungsaufträge vergeben, ist wegen der Finanzverhältnisse nicht zu verwirklichen. Als Beispiel sei die IG Druck und Papier genannt. Sie hat rund 150.000 Mitglieder, 220 besoldete Angestellte, im Jahre 1977 rund 40 Millionen DM Beitragseinnahmen. Dieser Beitrag ist vollständig ausgegeben: 32 Millionen DM laufende Geschäftsführung, 8 Millionen DM Schuldenabtrag. Zum Vergleich: Firma Stalling in Oldenburg hat bei 450 Beschäftigten 32 Millionen DM Jahresumsatz (vergleichbar mit den Beitragseinnahmen), die Nordwestzeitung in Oldenburg hat mit ebenfalls 450 Beschäftigten über 50 Millionen DM Umsatz (geschätzt). Gegen diese und alle anderen Firmen des Organisationsbereiches muß die Gewerkschaft ihre Tarife erbringen - mit den Beiträgen als einzigen Einnahmen. Woher sollen also Mittel für Forschungsaufträge kommen?

Es bleibt also bei der freiwilligen Zusammenarbeit, die die Bedürfnisse beider Kooperationspartner berücksichtigen muß. Der von den Vätern der Kooperationsvereinbarung gewollte große Wurf scheitert zur Zeit an den politischen Verhältnissen. Es sollte gezeigt werden, daß mit beiderseitigem Willen mehr möglich ist.

Werner Mock

Kompaktsegelkurse für Segelschein

In den Semesterferien bietet der Zentrale Aufgabenbereich Hochschulsport Kompaktkurse zum Segeln an. Die Kurse dauern jeweils eine Woche und können mit der A-Scheinprüfung und dem amtlichen Sportbootführerschein abgeschlossen werden. Teilnehmen können auch fortgeschrittene Segler, die einmal wieder intensiv segeln möchten. Die Kurse sind offen sowohl für Hochschulangehörige als auch für Nicht-hochschulangehörige. Kurse:

6.8. - 10.8.79	3.9. - 7.9.79
13.8. - 17.8.79	10.9. - 14.9.79
20.8. - 24.8.79	17.9. - 21.9.79
27.8. - 31.8.79	24.9. - 28.9.79

Die Kurse gehen täglich von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr. Gebühr: 50 Mark. Anmeldungen sind noch in der Geschäftsstelle Hochschulsport möglich (Raum H 9 im Sporttrakt, Tel.: 73041, App. 329).

Ausschreibung

Bibliotheks- und Informationssystem. WiHi-Stelle (höch. Semester Sportwissenschaft) für die Betreuung der Sportdokumentation. Bewerbungsunterlagen sind in der Geschäftsstelle BIS (AVZ 1-362) erhältlich. Bewerbungsschluß: 15.8.79.

APO a.D.

Auf dem
Langen Marsch
Durch die
Institutionen
Kam er wieder
Ein gutes Stück
Vorwärts.
Gestern
Erhielt er
Die Nachricht
Von seiner
Ernennung
Zum
Oberregierungsrat

BERNHARD KATSCHE
in der FR v. 14.7.79

Personalien

Generalmajor Meinhard Glanz, Kommandeur der in Oldenburg stationierten Panzergrenadierdivision, ist in den Beirat der Universitäts-gesellschaft gewählt worden.

Professor Dr. Wilfried Stötting, Germanist im Fachbereich II, hält vom 17.8. bis 6.9.1979 auf Einladung des Goethe-Instituts in Sydney und Melbourne Vorträge über den Unterricht mit ausländischen Schülern in der BRD.

Dr. Klaus Peter Walcher, Psychologe im Fachbereich I, referierte auf dem Kongreß der Internationalen Vereinigung für Semiotik in Wien über das „Semantische Gitter“ sowie über die „Rollenbeschreibung von Zeichenträgern anhand eines kategorialen Ordnungsmodells“.

Professor Dr. Horst E. Wittig, Fachbereich I, zur Zeit Gastprofessor an der Staatlichen Universität Matsuyama (Shinshu Daigaku) wurde einstimmig in den Vorstand des Deutschen Schulvereins Tokyo-Yokohama gewählt. Der Deutsche Schulverein ist der Schulträger dieser großen deutschen Auslandsschule, die vom Kindergarten bis zum Abitur führt, aber auch einen Hauptschul- und Realschulzweig anbietet. Ingrid Osterloh wurde als Technische Zeichnerin in der ZETWA eingestellt.

Dr. Rüdiger Pethig, bisher wissenschaftlicher Assistent an der Universität Mannheim, wurde zum Professor für „Volkswirtschaftslehre (Finanzwissenschaft)“ ernannt.

Dr. Ulrich Ruschig wurde zum Akademischen Rat zur Anstellung für das Fachgebiet „Allgemeine Chemie unter besonderer Berücksichtigung der Berufs-Praxis und der Geschichte der Chemie“ ernannt.

Ursula Schütz wurde als Schreiberkraft in der Zentralen Studienberatung eingestellt.

Herbert Westerholt wurde als Holztechniker in der ZETWA eingestellt.

AUTOHAUS Büchner VAG Audi VW
Gebrauchtwagen
Alle Fabrikate
Große Auswahl. Und nicht teuer.
31081
Donnerschwerstr. 336 · 29 Oldenburg

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
★
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl
B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÖLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 141

COPIERCENTER OLDENBURG
Ammerländer Heerstr. 88 · 29 Oldenburg · Tel. 04 31 70 20 70 · Fax 04 31 70 20 80
Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung
Kopierpreis je Stück 0,10 DM
ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM
Schnelldruck-Service
zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4
Auflage 20 Stück DM 2,30
Auflage 100 Stück DM 5,50
Auflage 500 Stück DM 20,70
Auflage 1000 Stück DM 34,-
Auflage 2000 Stück DM 60,-

Anna Thye 29 OLDENBURG
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88

JEANS
von
Horten
Levis · Wrangler · Pionier · Lois · Settler

TABULA
BUCHLADEN
IM HERBARTGANG
WALLSTR. · HERBARTGANG · LANGE STR. · KURWICKSTR.

Sonne genießen mit einer Qualitäts-Sonnenbrille.
Lassen Sie sich doch einfach einmal bei uns beraten. Vollkommen unverbindlich für Sie.
Optiker Schulz
für besseres Sehen und Hören
Achtenerstraße / Ecke Ritterstraße

Zeitschriften - Bücher - Berichte und Examensarbeiten
Examensarbeiten - schnellstens
Innerhalb 2 Stunden
Jochen Herkhus
Bibliotheksbuchbinderei
Edewechter Landstraße 50
Telefon 502397

SPANHAKE aktuell
In · basteln · basteln · basteln
AUCH DU BRAUCHST EIN HOBBY!
Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.
Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand.
Spanhake, Oldenburg
Lange Straße 48
oldenburg - lange str.

Spedition
Möbeltransport
International
DEUS
TEL. (04 41) 7101

Wir sind die Bank, die hier zu Hause ist.
OLDENBURGISCHE LANDESBANK AG
OLB